

## **Ausführungsbestimmungen zur Verordnung betreffend die Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts**

vom ...

*Der Regierungsrat des Kantons Obwalden,*

gestützt auf Artikel 3 Absatz 3, 23 Absatz 2, 24 Absatz 3, 25, 29 und 30 der  
Verordnung betreffend die Einführung des Kindes- und  
Erwachsenenschutzrechts<sup>1</sup>,

*beschliesst:*

### **I. Besetzung**

#### **Art. 1**      *Einzelzuständigkeit*

<sup>1</sup> In die Zuständigkeit jedes Mitglied des Kantons Obwalden fallen folgende Geschäfte des Kinderschutzes:

- a. Antragstellung auf Neuregelung der elterlichen Sorge beim Scheidungs- oder Trennungsgericht (Art. 134 Abs. 1 ZGB);
- b. Genehmigung von Unterhaltsverträgen sowie Neuregelung der elterlichen Sorge bei Einigkeit der Eltern (Art. 134 Abs. 3 und 287 ZGB);
- c. Antragstellung zur Anordnung einer Kindesvertretung im Scheidungs- oder Trennungsprozess (Art. 146 Abs. 2 Ziff. 2 ZGB);
- d. Zustimmung zur Adoption des bevormundeten Kindes (Art. 265 Abs. 3 ZGB);
- e. Entgegennahme der Zustimmungserklärung von Vater und Mutter zur Adoption (Art. 265a Abs. 2 ZGB);
- f. Zuteilung der elterlichen Sorge an den Vater (Art. 298 Abs. 2 ZGB);
- g. Übertragung der elterlichen Sorge an den anderen Elternteil (Art. 298 Abs. 3 ZGB);
- h. Übertragung der gemeinsamen elterlichen Sorge (Art. 298a Abs. 1 ZGB);
- i. Ernennung des Beistandes zur Vaterschaftsabklärung (Art. 309 Abs. 1 ZGB);
- j. Erteilung der Bewilligung zur Aufnahme eines Pflegekindes und Ausübung der Pflegekinderaufsicht (Art. 316 Abs. 1 ZGB);
- k. Anordnung der Inventaraufnahme sowie der periodischen Rechnungsstellung und Berichterstattung über das Kindesvermögen (Art. 318 Abs. 3 und 322 Abs. 2 ZGB);
- l. Entgegennahme des Kindsvermögensinventars nach dem Tod eines Elternteils (Art. 318 Abs. 2 ZGB);
- m. Bewilligung zur Anzehung des Kindesvermögens (Art. 320 Abs. 2 ZGB);
- n. Anordnung einer Vertretungsbeistandschaft für das ungeborene Kind zur Wahrung erbrechtlicher Ansprüche (Art. 544 Abs. 1bis ZGB);
- o. Mitteilung an die zuständige Einwohnerkontrolle über Zuteilung der elterlichen Sorge und Bevormundung von Kindern;
- p. Mitteilung der Ernennung des Beistandes an das Betreibungsamt (Art. 68c SchKG).

<sup>2</sup> In die Zuständigkeit jedes Mitglied des Kantons Obwalden fallen folgende Geschäfte des Erwachsenenschutzes:

- a. Überprüfung, Auslegung und Ergänzung des Vorsorgeauftrages sowie Einweisung der beauftragten Person in ihre Pflichten (Art. 363 und 364 ZGB);
- b. Zustimmung zu Rechtshandlungen des Ehegatten im Rahmen der ausserordentlichen Vermögensverwaltung (Art. 374 Abs. 3 ZGB);
- c. Festlegung der Vertretungsberechtigung bei medizinischen Massnahmen (Art. 381 und 382 Abs. 3 ZGB);
- d. Aufnahme eines Inventars und Anordnung der Aufnahme eines öffentlichen Inventars (Art. 405 Abs. 2 und 3 ZGB);
- e. Rechnungsprüfung (Art. 415 Abs. 1 und 425 Abs. 2 ZGB);
- f. Übertragung der Zuständigkeit für die Entlassung einer Person an die Einrichtung (Art. 428 Abs. 2 ZGB);
- g. Mitteilung an das Zivilstandsamt über das Bestehen einer umfassenden Beistandschaft oder eines Vorsorgeauftrages (Art. 449c ZGB);
- h. Vollstreckungsverfügung (Art. 450g ZGB);
- i. Information über das Bestehen einer Massnahme des Erwachsenenschutzes und Gewähren des Akteneinsichtsrechts (Art. 451 Abs. 2 und 449b ZGB);
- j. Mitteilung eingeschränkter oder entzogener Handlungsfähigkeit an die Schuldner (Art. 452 Abs. 2 ZGB);
- k. Antrag auf Anordnung eines Erbschaftsinventars (Art. 553 Abs. 1 ZGB);
- l. Einleitung der Übertragung der bestehenden Massnahme an die Behörde des neuen Wohnsitzes (Art. 442 und 444 ZGB);
- m. Mitteilung der Vermögensverwaltung durch einen Beistand oder eine vorsorgebeauftragte Person an das Betreibungsamt (Art. 68d SchKG).

**Art. 2** *Erweiterung des Spruchkörpers*

Das einzelzuständige Mitglied ist in besonderen Fällen berechtigt, die Sache dem Kollegium zum Entscheid vorzulegen.

**II. Kosten und Entschädigungen**

**Art. 3** *Finanzierung der Behördenorganisation*

<sup>1</sup> Die Kosten der kantonalen Behördenorganisation (Fachbehörde und unterstützende Dienste, Bewährungshilfe) tragen die Einwohnergemeinden für die Jahre 2012 und 2013 im Umfang von 0.065, ab dem Jahre 2014 im Umfang von 0.045 Steuereinheiten .

<sup>2</sup> Die Basis für die Berechnung der abzugeltenden Steuereinheiten ist der Durchschnitt der Steuererträge der Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen aus den Jahren 2010, 2011 und 2012.

<sup>3</sup> Die Beiträge gemäss Art. 3 Abs. 1 dieser Ausführungsbestimmungen werden mit den Steuerablieferungen des Kantons an die Gemeinden verrechnet.

**Art. 4** *Massnahmen*

...

**Art. 5** *Vorfinanzierung*

<sup>1</sup> Der Kanton übernimmt die Vorfinanzierung der Kosten:

- a. für die kantonale Behördenorganisation (gemäss Art. 3 dieser Ausführungsbestimmungen);
- b. für die Massnahmen, die ....

<sup>2</sup> Die vom Kanton vorfinanzierten Kosten werden den Gemeinden jährlich in Rechnung gestellt:

- a. die Kosten für die kantonale Behördenorganisation durch das Finanzdepartement bis spätestens Mitte Februar des dem Rechnungsjahr folgenden Jahres;
- b. die Kosten der Massnahmen, die ...

**Art. 6**            *Entschädigung und Spesenersatz;*  
                      *a. Im Allgemeinen*

<sup>1</sup> Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde legt die Entschädigung und den Spesenersatz der Beiständigen und Beistände in der Regel mit der Abnahme des Rechenschaftsberichtes fest.

<sup>2</sup> Die Entschädigung und der Spesenersatz werden dem verwalteten Vermögen der betreuten Person belastet oder unterstützungspflichtigen Dritten in Rechnung gestellt, soweit dies zumutbar erscheint.

<sup>3</sup> Bei Vermögenslosigkeit oder Fehlen von unterstützungspflichtigen Dritten werden die Entschädigung und der Spesenersatz von der zuständigen Einwohnergemeinde getragen. Als vermögenslos gilt eine Person, deren Reinvermögen weniger als Fr. 25 000.– beträgt.

<sup>4</sup> Bei Schlussberichten zufolge Tod der betreuten Person werden die Entschädigung und der Spesenersatz dem Nachlassvermögen belastet, soweit dieses ausreicht.

**Art. 7**            *b. Inhalt der Entschädigung*

<sup>1</sup> Der Inhalt der Entschädigung richtet sich nach den Aufgaben, die den Beiständigen und Beiständen durch das eidgenössische oder kantonale Recht zugewiesen werden.

<sup>2</sup> Werden Teile dieser Aufgaben an Dritte delegiert, können entstehende Kosten von der Entschädigung abgezogen werden.

<sup>3</sup> Bemühungen, die nicht zu den eigentlichen Aufgaben der Beiständigen oder Beistände gehören, jedoch notwendig sind, können separat in Rechnung gestellt werden, sofern die Kosten nicht ganz oder anteilmässig Dritten belastet werden können.

<sup>4</sup> Das Entgelt für solche Bemühungen ist vorgängig mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde zu vereinbaren.

**Art. 8**            *c. Höhe der Entschädigung und des Spesenersatzes*

<sup>1</sup> Die Entschädigung der Beiständigen oder des Beistandes für die Mandatsführung beträgt mindestens Fr. 350.– , jedoch höchstens Fr. 5 000.– pro Jahr.

<sup>2</sup> Fahrspesen werden zusätzlich mit einer jährlichen Pauschale im Betrage von Fr. 100.– bis maximal Fr. 300.–, je nach Aufwand, abgegolten. Höhere Fahrspesen sind gesamthaft detailliert auszuweisen.

<sup>3</sup> Für die Barauslagen wie Porti, Telefon usw. kann anstelle einer detaillierten Abrechnung eine Jahrespauschale von in der Regel Fr. 200.– bezogen werden. Höhere Barauslagen sind gesamthaft detailliert auszuweisen.

<sup>4</sup> Beiständigen und Beiständen, die einen ausgewiesenen und notwendigen Mehraufwand nachweisen können, kann die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde eine zusätzliche Entschädigung ausrichten.

**Art. 9** *d. Entschädigung von privaten Fachpersonen*

<sup>1</sup> Für die Entschädigung von privaten Fachpersonen, insbesondere von Rechtsanwälten und Treuhändern, gelten grundsätzlich die Ansätze gemäss Art. 8 dieser Ausführungsbestimmungen.

<sup>2</sup> Sind mit der Mandatsführung Aufgaben verbunden, die spezifische Fachkenntnisse voraussetzen, kann der Zeitaufwand gemäss detaillierten Honorarnoten nach den unteren Tarifen des jeweiligen Berufsverbundes in Rechnung gestellt werden. Decken sich solche Bemühungen mit den Aufgaben der Beiständin oder des Beistandes, kann die Entschädigung ganz oder anteilmässig gekürzt werden.

**III. Schluss- und Übergangsbestimmungen**

**Art. 10** *Übergabe der Akten*

<sup>1</sup> Die kommunalen Vormundschaftsbehörden übergeben die Akten der hängigen Fälle bis spätestens 31. Dezember 2012 dem Sozialamt gemäss dessen Anweisungen.

<sup>2</sup> Die Akten der abgeschlossen Fälle legen die Vormundschaftsbehörden in den Gemeindearchiven ab. Die Akten sind mindestens 10 Jahre zuhanden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde aufzubewahren.

**Art. 11** *Evaluation*

<sup>1</sup> Der Regierungsrat überprüft nach mindestens drei, aber höchstens fünf Jahren nach Inkrafttreten dieser Ausführungsbestimmungen die Aufgabenübertragung von den Gemeinden an den Kanton.

<sup>2</sup> Zeichnet sich ab, dass die Aufgabenübertragung optimiert werden muss, sei es in personeller, infrastruktureller oder finanzieller Hinsicht, leitet der Regierungsrat die notwendigen Massnahmen in die Wege.

**Art. 12** *Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts*

Die Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts wird im Anhang geregelt.

**Art. 13** *Inkrafttreten*

Diese Ausführungsbestimmungen treten mit Ausnahme von Art. 10, der bereits auf den 1. Juli 2012 in Kraft tritt, am 1. Januar 2013 in Kraft.

Sarnen, ...

Im Namen des Regierungsrats  
Landammann:  
Landschreiber:

**Anhang  
zu den Ausführungsbestimmungen zur Verordnung betreffend die  
Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts**

**I.**

Die nachstehenden Erlasse werden aufgehoben:

1. die Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen vom 1. Juli 2009<sup>2</sup>.
2. die Ausführungsbestimmungen über die fürsorgerische Freiheitsentziehung vom 16. Dezember 1980<sup>3</sup>,

**II.**

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

**1. Ausführungsbestimmungen über die Daten der Einwohnerregister vom 13. Januar 2009<sup>4</sup>**

Art. 1 Abs. 2 Bst. c

<sup>2</sup> Weiter enthalten die Einwohnerregister von jeder Person, die sich in einer Einwohnergemeinde niedergelassen hat oder aufhält, folgende Daten:

- c. ~~vormundschaftliche Massnahmen~~ Massnahmen des Kindes- und Erwachsenenschutzes;

**2. Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente vom 4. Juni 2002<sup>5</sup>**

Art. 3 Abs. 1 Bst. f Ziff. 1, 5 und 7

<sup>1</sup> Dem Sicherheits- und Justizdepartement (SJD) sind folgende Aufgabenbereiche zugeteilt:

f. Sozialamt:

1. Sozialhilfe mit:

- Koordination privater und öffentlicher sozialer Tätigkeiten,
- ~~fürsorgerischer Freiheitsentzug,...~~ Aufgehoben
- Aufsicht über die öffentliche Sozialhilfe,
- Beiträge aus dem Alkoholzehntel,

5. ~~Vormundschaftsaufsicht~~ Kindes- und Erwachsenenschutz mit:  
– fürsorgerischer Unterbringung.  
– internationale Kindesentführungen.

7. ~~internationale Kindesentführungen,...~~ Aufgehoben

*P.S.: Änderungen und Ergänzungen gegenüber den geltenden Erlassen sind randvermerkt und unterstrichen, Wegfallendes ist durchgestrichen.*

### 3. Ausführungsbestimmungen zum Kindes- und Adoptionsrecht vom 6. Dezember 1977<sup>6</sup>

#### a. Art. 3

Das Verwaltungsgericht ist zuständig: für die Beurteilung einer Beschwerde gegen den Entzug der elterlichen Gewalt durch die Kindesschutzbehörde.

~~Art. 314 Ziff. 1 Beurteilung einer Beschwerde gegen den Entzug der elterlichen Gewalt durch die vormundschaftliche Aufsichtsbehörde.~~

#### b. Art. 6 Zuständigkeit ~~des Regierungsrates~~ der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

~~Der Regierungsrat~~ Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist in folgenden Fällen zuständig:

Art. 268 Abs. 1 Aussprechung der Adoption;

Art. 269c Bewilligung der berufsmässigen Adoptionsvermittlung und Aufsicht über die Vermittlung von Adoptivkindern.

Art. 316 Abs. 1<sup>bis</sup> Bewilligung Pflegekindaufnahme zum Zweck der späteren Adoption.

#### c. Art. 6a Aufgehoben

~~Das Sicherheits- und Justizdepartement ist in folgendem Fall zuständig:~~

~~Art. 316 Abs. 1<sup>bis</sup> Bewilligung Pflegekindaufnahme zum Zweck der späteren Adoption.~~

#### d. Art. 7 Adoptionsverfahren

~~<sup>1</sup> Das Sicherheits- und Justizdepartement nimmt die Gesuche um Aussprechung einer Adoption entgegen. Unter Vorbehalt abweichender Bestimmungen des Bundesrechts sind die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensrechts anwendbar.~~

~~<sup>2</sup> Es Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde führt die vom Gesetz vorgeschriebenen Abklärungen durch und ist ermächtigt, andere Organe der Staatsverwaltung sowie Sachverständige beizuziehen.~~

#### e. Art. 8 ~~Kindesschutzmassnahmen~~ ~~a. Anzeigepflicht~~ Aufgehoben

~~<sup>1</sup> Jedermann ist berechtigt, Fälle von Misshandlung, Vernachlässigung oder Verwahrlosung von Kindern dem Einwohnergemeinderat der Wohnsitzgemeinde anzuzeigen.~~

~~<sup>2</sup> Lehrer, Geistliche und Beamte sind zur Anzeige verpflichtet, wenn sie in Ausübung ihres Berufes oder Amtes von solchen Pflichtwidrigkeiten Kenntnis erhalten.~~

#### f. Art. 9 ~~b. Verfahren~~ Aufgehoben

~~<sup>1</sup> Die Vormundschaftsbehörde stellt den Sachverhalt durch Befragung jener Personen fest, die über die Verhältnisse Auskunft geben können. Die Eltern sind anzuhören.~~

~~<sup>2</sup> Nötigenfalls trifft die Vormundschaftsbehörde vor ihrem Entscheid vorsorgliche Massregeln. Sie kann insbesondere die unverzügliche Unterbringung des gefährdeten Kindes in eine geeignete Familie oder Heimstätte anordnen.~~

~~<sup>3</sup> Ihre Entscheide hat die Vormundschaftsbehörde den Eltern, der Aufsichtsbehörde sowie weiteren Beteiligten mit der Darstellung des wesentlichen Sachverhaltes und einer Begründung schriftlich zu eröffnen.~~

~~<sup>4</sup> Schreitet die vormundschaftliche Aufsichtsbehörde ein, so hat sie dieses Verfahren sinngemäss zu beachten.~~

g. Art. 11 ~~Rückwirkende Anerkennung als Schweizer Bürger~~  
Aufgehoben

~~Hat das Kind eines ausländischen Vaters und einer Mutter, die von Abstammung Obwaldner Bürgerin ist, am 1. Januar 1978 das 22. Altersjahr noch nicht zurückgelegt und hatten seine Eltern zur Zeit der Geburt ihren Wohnsitz in der Schweiz, so kann es gemäss Art. 57 Abs. 6 BÜG bis zum 31. Dezember 1978 beim Justizdepartement als zuständige Behörde des Heimatkantons der Mutter die Anerkennung als Schweizer Bürger beantragen.~~

h. Art. 12

<sup>1</sup> Für die Aussprechung einer Adoption ~~und die rückwirkende Anerkennung als Schweizer Bürger~~ wird eine Gebühr von Fr. 5100.- bis Fr. 2\_000.- erhoben.

<sup>2</sup> Für die Bewilligung der berufsmässigen Adoptionsvermittlung wird eine Gebühr von Fr. 500.- bis Fr. 1 000.- und für die Aufsicht über die Vermittlung von Adoptivkindern von jährlich Fr. 100.- bis Fr. 500.- erhoben.

#### 4. Ausführungsbestimmungen über die Bewährungshilfe im Strafvollzug vom 19. Dezember 2006<sup>7</sup>

a. Art. 1 *Begriffe*

Als Organe der Bewährungshilfe gelten nach diesen Ausführungsbestimmungen die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug, die Jugendanwaltschaft, ~~die Fürsorgebehörde~~ sowie die einzelnen Betreuer oder Betreuerinnen.

b. Art. 2 *Organisation*  
*a. Bewährungshilfe für Erwachsene*

Die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug ist zuständig betreffend organisiert und überwacht die Bewährungshilfe für Erwachsene. Sie führt einen Bewährungsdienst.

c. Art. 3 *b. Bewährungshilfe für Jugendliche*

<sup>1</sup> Die Jugendanwaltschaft ist zuständig betreffend organisiert und überwacht die Bewährungshilfe für Jugendliche.

<sup>2</sup> Die nachfolgenden Bestimmungen gelten für die Bewährungshilfe der Jugendlichen sinngemäss.

d. Art. 4 *c. allgemein*

<sup>1</sup> Die Bewährungshilfe wird durch die ~~Fürsorgebehörde am Wohnsitz der betreuten Person~~ Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug oder die Jugendanwaltschaft ausgeübt.

<sup>2</sup> ~~Für die~~ Die Bewährungshilfe von Personen ohne Wohnsitz im Kanton ist ~~die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug verantwortlich. Sie tritt diese Fälle~~ in der Regel dem allfälligen Wohnsitzkanton der betreuten Person abzutreten.

<sup>3</sup> ~~Die Fürsorgebehörde hat der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug über die laufenden Bewährungshilfefälle regelmässig Bericht zu erstatten~~ Die Abteilung Straf- und

Massnahmenvollzug kann die Bewährungshilfe für Jugendliche ausüben, soweit das Bundesrecht dies zulässt.

e. Art. 5 *Aufgaben*

<sup>1</sup> Die ~~Fürsorgebehörde am Wohnsitz der betreuten Person bzw. die~~ Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug hat folgende Aufgaben:

- a. Bewährungshilfe gemäss den Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuchs,
- b. Bewährungshilfe auf Anordnung der Begnadigungsinstanz im Falle bedingter Begnadigung.

<sup>2</sup> In allen Fällen arbeitet die ~~zuständige~~ ~~Amtsstelle~~ ~~oder~~ ~~Behörde~~ mit andern Amtsstellen, wie Gefängnisverwaltungen, ~~Vormundschafts-~~ ~~Kindes- und Erwachsenenschutz~~behörden und Arbeitsamt, sowie mit einschlägigen privaten Institutionen zusammen.

f. Art. 6 Abs. 2

<sup>2</sup> Die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug ~~leitet die Meldung der~~ ~~Fürsorgebehörde am Wohnsitz der betreuten Person weiter~~ bzw. nimmt daraufhin die Bewährungshilfe ~~selber~~ an die Hand.

g. Art. 7 *Betreuer/Betreuerin*

<sup>1</sup> In Bewährungshilfefällen ~~haben die Fürsorgebehörde bzw.~~ hat die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug für jede betreute Person einen Betreuer oder eine Betreuerin zu bezeichnen. Als solcher bzw. solche kann auch ~~der Vormund oder die Vormundin sowie der~~ Beistand oder die Beiständin bezeichnet werden.

<sup>2</sup> Der Betreuer oder die Betreuerin ist durch ~~die Fürsorgebehörde~~ ~~bzw. durch~~ die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug über die Rechte und Pflichten zu orientieren.

<sup>3</sup> Der Betreuer bzw. die Betreuerin hat ~~der Fürsorgebehörde und~~ der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug oder dem zuständigen Gericht periodisch, bei besonderen Vorkommnissen, wie insbesondere bei Widerhandlungen gegen Weisungen, beharrlichem Entzug aus der Bewährungshilfe, Vertrauensmissbrauch, sowie falls sich Weisungen als nicht durchführbar oder nicht mehr erforderlich erweisen, Bericht zu erstatten. Berichte über die betreute Person können durch die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug jederzeit eingeholt werden.

<sup>4</sup> Die ~~Fürsorgebehörde~~ Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gibt der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug einen einzusetzenden Betreuer bzw. eine einzusetzende Betreuerin bekannt.

h. Art. 9 Abs. 2

<sup>2</sup> Diese Betreuung bedarf der Zustimmung der zuständigen Untersuchungs- oder Gerichtsbehörde, soweit nicht Art. 96 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs<sup>8</sup> anwendbar ist.

i. Art. 12 Abs. 2

<sup>2</sup> Der Betreuer bzw. die Betreuerin rechnet mit der betreuten Person jährlich über den verwalteten Lohn ab und erstattet der ~~Fürsorgebehörde~~ Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug Bericht.

j. Art. 16 *Zuführung*

Die ~~Fürsorgebehörde oder die~~ Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug kann eine betreute Person der Bewährungshilfe polizeilich zuführen lassen, wenn sie sich ihr beharrlich entzieht.

k. Art. 17 Abs. 3

<sup>3</sup> Die Höhe der Unterstützung wird durch die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug bestimmt. ~~Die Fürsorgebehörde hat ein entsprechendes Gesuch zu stellen.~~

l. Art. 18 *Rechtsmittel*

<sup>1</sup> Beschwerden gegen die Amtsführung des ~~Betreuers~~Beistandes bzw. der ~~Betreuerin~~Beiständin sind an die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug zu richten. jene gegen die Amtsführung des Bewährungsdienstes an das Amt für Justiz.

<sup>2</sup> Gegen Verfügungen der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug, der Jugendanwaltschaft sowie ~~der Fürsorgebehörde~~des Amts für Justiz kann innert 20 Tagen schriftlich und mit Begründung beim Sicherheits- und Justizdepartement Beschwerde erhoben werden.

## 5. Ausführungsbestimmungen zur Gefängnisordnung vom 6. Dezember 2010<sup>9</sup>

Art. 16 Abs. 1

<sup>1</sup> Die Insassen haben Anspruch auf eine soziale Betreuung. Zuständig ist ~~das Sozialamt~~die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug.

## 6. Normalarbeitsvertrag für hauswirtschaftliche Arbeitnehmer vom 18. Dezember 1973<sup>10</sup>

Art. 4 Abs. 3

<sup>3</sup> Die fristlose Auflösung des Arbeitsverhältnisses nach Art. 337 und 337a OR bleibt vorbehalten. Die fristlose Entlassung eines ~~minderjährigen oder bevormundeten~~ Arbeitnehmers ist seinem gesetzlichen Vertreter vorgängig anzuzeigen.

<sup>1</sup> GDB ...

<sup>2</sup> ABI 2009, 1080 sowie ABI 2010, 2394 Ziff. 5

<sup>3</sup> LB XVII, 342, XIX, 48, ABI 2007, 810 und 1003 sowie ABI 2010, 2394 Ziff. 12

<sup>4</sup> GDB 113.111

<sup>5</sup> GDB 133.111

<sup>6</sup> GDB 211.211

<sup>7</sup> GDB 330.111

<sup>8</sup> [SR 311.0](#)

<sup>9</sup> GDB 330.211

<sup>10</sup> GDB 844.1